

**Satzung über die Benutzung der
Kindertagesstätten der Gemeinde Lützelbach**
(Stand: 01.08.2016)

§ 1 Träger und Rechtsform

- (1) Die Kindertagesstätten werden von der Gemeinde Lützelbach als öffentliche Einrichtung unterhalten. Durch ihre Inanspruchnahme nach Maßgabe dieser Satzung entsteht ein öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis.

§ 2 Aufgaben

- (1) Die Kindertagesstätten sind Einrichtungen der Jugendhilfe.

§ 3 Kreis der Berechtigten

- (1) Die Kindertagesstätten stehen grundsätzlich allen Kindern, die in der Gemeinde ihren Wohnsitz (Hauptwohnung i. S. des Melderechts) haben, vom vollendeten 3. Lebensjahr an bis zum Schulbesuch offen. Darüber hinaus können Kleinkinder ab dem 2. Lebensjahr sowie auch Schulkinder bis zum 12. Lebensjahr aufgenommen werden.
- (2) Seit dem 01.08.2013 haben Kinder die das 1. Lebensjahr vollendet haben einen Rechtsanspruch auf die Aufnahme in einer Kindertagesstätte. Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme von Kindern vom vollendeten 1. Lebensjahr bis zum Schuleintritt in einer von den Erziehungsberechtigten ausgewählten Kindertagesstätte besteht nicht.
- (3) Bevorzugt aufgenommen werden Kinder, die aus besonderen sozialen und pädagogischen Gründen vorrangig der Förderung und Betreuung bedürfen. Im Übrigen werden ältere Kinder vor jüngeren Kindern aufgenommen.
- (4) Wenn die amtlich festgelegte Höchstbelegung der Kindertagesstätten erreicht ist, können weitere Aufnahmen erst nach Freiwerden von Plätzen erfolgen.
- (5) Kinder, die an ansteckenden Krankheiten leiden, werden nicht aufgenommen. Im Zweifel entscheidet ein Arzt, der von der Gemeinde im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten benannt wird.

§ 4 Betreuungszeiten

- (1) Die Kindertagesstätten der Gemeinde Lützelbach sind in der Regel an Werktagen montags bis freitags wie folgt geöffnet:

a) Frühdienst	Zeitraum:	07.00 Uhr bis 07.30 Uhr
b) Vormittagsbetreuung	Zeitraum:	07.30 Uhr bis 12.30 Uhr
c) Kernzeit mit Mittagspause	Zeitraum:	07.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 15.30 Uhr
d) Kernzeit ohne Mittagspause	Zeitraum:	07.30 Uhr bis 15.30 Uhr
e) Spätdienst	Zeitraum:	15.30 Uhr bis 16.30 Uhr
- (2) Während der gesetzlich festgelegten Sommerferien in Hessen können die Kindertagesstätten bis zu 3 Wochen geschlossen werden. Außerdem bleiben die Kindertagesstätten zwischen Weihnachten und Neujahr sowie eine Woche an Ostern jeden Jahres geschlossen.

- (3) Wenn das Betreuungspersonal zu Arbeitsgemeinschaften, Fortbildungsveranstaltungen usw. einberufen wird, bleiben die Kindertagesstätten an diesen Tagen ebenfalls geschlossen.
- (4) Bekanntgaben erfolgen durch Veröffentlichung in der Wochenzeitung „Lützelbacher Anzeiger“ und durch Aushang in den Kindertagesstätten.

§ 5 Aufnahme

- (1) Jedes Kind muss vor seiner Aufnahme in die Kindertagesstätten ärztlich untersucht werden, was durch Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses bei der Anmeldung nachzuweisen ist. Außerdem muss für jedes Kind bei seiner Anmeldung und unmittelbar vor seiner Aufnahme in die Kindertagesstätten der Impfausweis und das Vorsorgeheft über die Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen vorgelegt werden.
- (2) Die Aufnahme erfolgt nach schriftlicher Anmeldung bei der Kindertagesstättenleitung.
- (3) Mit der Anmeldung erkennen die Erziehungsberechtigten diese Satzung und die Gebührensatzung an.
- (4) Kinder aus Familien, in denen ansteckende Krankheiten vorkommen, dürfen die Kindertagesstätten nur besuchen, wenn eine ärztliche Unbedenklichkeitsbescheinigung vorgelegt wird.

§ 6 Pflichten der Erziehungsberechtigten

- (1) Es wird erwartet, dass die Kinder die Kindertagesstätten regelmäßig besuchen; sie sollen spätestens bis 09.00 Uhr eintreffen.
- (2) Die Kinder sind sauber zu waschen und reinlich zu kleiden.
- (3) Die Erziehungsberechtigten übergeben die Kinder zu Beginn der Betreuungszeit dem Kindertagesstättenpersonal und holen sie nach Beendigung der Betreuungszeit beim Kindertagesstättenpersonal in den Kindertagesstätten wieder ab. Die Aufsichtspflicht des Personals beginnt mit der Übernahme der Kinder im Gebäude der Kindertagesstätte und endet mit der Übernahme der Kinder durch die Eltern oder abholberechtigten Personen beim Verlassen des Gebäudes. Sollen Kinder die Kindertagesstätten vorzeitig verlassen oder den Heimweg allein bewältigen, bedarf es zuvor einer schriftlichen Erklärung der Erziehungsberechtigten gegenüber der Kindertagesstättenleitung. Die Erziehungsberechtigten erklären bei der Aufnahme des Kindes in die Kindertagesstätten schriftlich, wer außer ihnen zur Abholung des Kindes berechtigt ist. Diese Erklärung kann widerrufen werden. Es besteht keine Verpflichtung, die Kinder durch das Betreuungspersonal nach Hause zu bringen.
- (4) Bei Verdacht oder Auftreten ansteckender Krankheiten beim Kind oder in der Wohngemeinschaft des Kindes sind die Erziehungsberechtigten zu unverzüglicher Mitteilung an die Kindertagesstättenleitung verpflichtet. In diesen Fällen dürfen die Kindertagesstätten erst wieder besucht werden, wenn eine ärztliche Unbedenklichkeitsbescheinigung vorliegt.
- (5) Das Fehlen des Kindes ist unverzüglich dem Betreuungspersonal mitzuteilen.

- (6) Die Erziehungsberechtigten haben die Satzungsbestimmungen mit Gebührensatzung einzuhalten und insbesondere die Gebühren zu entrichten.

§ 7 Pflichten der Kindertagesstättenleitung

- (1) Die Kindertagesstättenleitung gibt den Erziehungsberechtigten der Kinder wöchentlich einmal in einer Sprechstunde Gelegenheit zu einer Aussprache.
- (2) Treten die im Infektionsschutzgesetz genannten Krankheiten oder ein hierauf gerichteter Verdacht auf, so ist die Kindertagesstättenleitung verpflichtet, unverzüglich der Gemeinde und gleichzeitig das Gesundheitsamt zu unterrichten und dessen Weisungen zu befolgen.

§ 8 Elternversammlung und Elternbeirat

- (1) Für Elternversammlung und Elternbeirat wird Näheres durch die Satzung über Bildung und Aufgaben von Elternversammlung und Elternbeirat bestimmt.

§ 9 Versicherung

- (1) Die Gemeinde versichert auf ihre Kosten alle Kinder gegen Sachschäden.
- (2) Gegen Unfälle in den Kindertagesstätten sowie auf dem Hin- und Rückweg sind die Kinder gesetzlich versichert.

§ 10 Benutzungsgebühren

- (1) Für die Benutzung der Kindertagesstätten wird von den gesetzlichen Vertretern der Kinder eine im Voraus zahlbare Benutzungsgebühr (Betreuungsgebühr) nach Maßgabe der jeweils gültigen Gebührensatzung zu dieser Satzung erhoben.

§ 11 Abmeldung

- (1) Abmeldungen sind nur zum Schluss eines Kalendermonats möglich; sie sind zwei Wochen vorher der Kindertagesstättenleitung schriftlich mitzuteilen.

Innerhalb der letzten drei Monate vor den Sommerferien und vor der Einschulung eines Kindes kann eine Abmeldung nur aus zwingenden triftigen Gründen (z. B. Wegzug aus der Gemeinde) erfolgen.

- (2) Bei Fristversäumnis ist die Gebühr für einen weiteren Monat zu zahlen.
- (3) Wird die Satzung nicht eingehalten oder entsteht durch das Verhalten des Kindes eine für den Betrieb der Kindertagesstätte unzumutbare Belastung, so kann das Kind vom weiteren Besuch der Kindertagesstätte ausgeschlossen werden. Die Entscheidung hierüber trifft der Gemeindevorstand. Der Ausschluss gilt als Abmeldung.
- (4) Sofern Kinder mehrere Male oder ununterbrochen mehr als zwei Wochen ohne Begründung vom Besuch der Kindertagesstätten fernbleiben, können sie durch schriftliche Erklärung gegenüber den Erziehungsbe-

rechtigten vom weiteren Besuch ausgeschlossen werden. Für eine Neu-
anmeldung gilt § 3 Abs. 2 dieser Satzung.

- (5) Werden die Gebühren zweimal nicht ordnungsgemäß bezahlt, so erlischt
das Anrecht auf den bisher eingenommenen Platz.

§ 12 Gespeicherte Daten

- (1) Für die Bearbeitung des Antrags auf Aufnahme in die Kindertagesstätten
sowie für die Erhebung der Kindertagesstättenbenutzungsgebühren wer-
den folgende personenbezogene Daten in automatisierten Dateien ge-
speichert:

- a) Allgemeine Daten: Name und Anschrift der Erziehungsberechtig-
ten und der Kinder, Geburtsdaten aller Kinder sowie weitere zur
kassenmäßigen Abwicklung erforderliche Daten,
- b) Kindergartenbenutzungsgebühr, Berechnungsgrundlagen:

Rechtsgrundlage: Hessische Gemeindeordnung (HGO), Kommunalab-
gabengesetz (KAG), Hessisches Datenschutzgesetz (HDSG), Bundesso-
zialhilfegesetz (BSHG), Satzung.

Die Löschung der Daten erfolgt 2 Jahre nach Einstellung des Falles bzw.
nach dem Verlassen der Kindertagesstätten durch das Kind.

- (2) Durch die Bekanntmachung dieser Satzung werden die betroffenen
Erziehungsberechtigten gemäß § 18 Abs. 2 HDSG über die Aufnahme
der in Abs. 1 genannten Daten in automatisierte Dateien unterrichtet.